

Kritik der Lehre der Politischen Wissenschaft an der Universität Bremen

PART A: Übersicht

Mitstudiosis und Lehrende der Politikwissenschaft,

eine potentielle Wehrpflicht, Angriffskriege, Rechtsruck, Genozide. Semesterbeitrags-erhöhungen, Klimawandel, Autoritarismus und Kapitalismus. Rassismus, Patriarchat, Künstliche Intelligenz, Raumstreichungen und das Einschalten der Obrigkeiten gegenüber Studierenden seitens universitärer Leitungen – diese fragmentarische und unvollständige Auflistung soll lediglich einen Eindruck davon vermitteln, welche gegenwärtig relevanten Themenfelder im Feld jenes Politikbegriffs liegen, den unsere Wissenschaft kontinuierlich zu verstehen und offenzulegen bemüht ist. Es handelt sich um Begriffe, die man, ohne dass viel Vorwissen dafür benötigt wäre, als »politische« erkennen kann.

Gerade deshalb sollte am Ende eines Studiums der Politischen Wissenschaft – hierin besteht wohl minimale Einigkeit – die Fähigkeit stehen, diese zunächst vage zusammenhängenden Begriffe in ihren systematischen, strukturellen und begrifflichen Verbindungen zu verstehen. Zumindest aber muss ein Bachelorstudium dieser Wissenschaft dazu befähigen, sich diese Verbindungen selbstständig erschließen zu können – also zu wissen, auf welchen Wegen, mit welchen Methoden und mit welchen begrifflichen Mitteln dies möglich ist. Ansonsten läuft eine einseitige Betrachtung des Politikbegriffs Gefahr, politisch wirksam zu werden, ohne es als solche Wirksamkeit zu reflektieren.

Um der Gefahr eines objektivierten und entpolitisierter Politikbegriffs entgegenzuwirken, bezeichnen wir die **Politikwissenschaft** hier als **Politische Wissenschaft** – so wie es früher viele Institute und auch die offizielle Deutsche Vereinigung der (nun) Politikwissenschaft (DVPW) bis Ende 2016 getan haben.¹ Damit soll jene Politikwissenschaft gemeint sein, die sich ihres inhärent politischen Charakters bewusst ist, diesen zum Gegenstand ihrer Reflexion macht und ausdrücklich offenlegt.

Nehmen wir die Wehrpflicht zum Anlass, ein paar Beispiele herauszugreifen, um zu zeigen, wie sich das Politische wissenschaftlich erschließen lässt. Wir können heuristisch **drei Zugänge**² voneinander trennen, wie wir dies in der Politischen Wissenschaft tun:

- 1.) »Ist eine allgemeine Wehrpflicht moralisch gerechtfertigt und mit den Prinzipien eines liberalen Rechtsstaates vereinbar?« (normativer Zugang);
- 2.) »Wie verändert eine allgemeine Wehrpflicht die politische Partizipation junger Erwachsener in Staaten, die ein solches Modell eingeführt haben?« (empirischer Zugang);
- 3.) »Welche gesellschaftlichen Gruppen profitieren von einer allgemeinen Wehrpflicht – und wer würde dadurch strukturell benachteiligt werden?« (kritischer Zugang).

Alle drei Fragemodi sind legitim im Sinne einer sich stetig wandelnden Sozialwissenschaft, wie es die Politische ist.³ Wir werden sie im Laufe dieser Kritik ausführlicher kennenlernen. An dieser

¹ Salzborn (2018): 43; DVPW: Satzung. <https://www.dvpw.de/wir/profil/satzung> (27.11.2025).

² Bellers (1990).

³ Bellers (1990); Salzborn (2018): 46ff.

Stelle soll bereits dazu eingeladen werden, sich zu vergegenwärtigen, worin die Unterschiede zwischen diesen Fragestellungen besteht.

Denn die verschiedenen Fragemodi und die jeweils mit ihnen verbundenen methodischen Zugänge decken unseren Politikbegriff aus verschiedenen Perspektiven ab. Um ihn in seiner Gänze erfassen zu können, benötigen wir die Gesamtheit der Methoden und Perspektiven, die unserer Wissenschaft zur Verfügung stehen.

Diese Methodenpluralität ist zugleich die notwendige Bedingung dafür, sich des politischen Charakters der Wissenschaft selbst bewusst zu werden.

Genau das ist durch die Lehre im Fach »Politikwissenschaft« an der Universität Bremen nicht verlässlich gewährleistet. Ich argumentiere, dass in der Lehre an der Universität Bremen:

- eine **methodologische Schieflage** besteht, in der der (2.) empirisch-analytische Zugriff strukturell gegenüber den anderen beiden bevorteilt wird;
- die **Hinführung** und **kapazitative Ausgestaltung** theoretischer und kritischer Zugangsweisen und Themen unzureichend sind;
- nicht ausreichend transparent gemacht wird, dass es verschiedene Zugänge gibt und was ihre jeweiligen **Erkenntnisinteressen, Leistungsversprechen** und **Grenzen** sind;
- die notwendige **Methodenpluralität** zur Erschließung des Politischen faktisch unterlaufen wird;
- es an der **Reflexion** fehlt, dass jedes Forschungsgebiet der Politischen Wissenschaft in gesellschaftliche Kontexte eingebettet ist und insofern immer einen politischen Charakter hat (unabhängig vom jeweiligen Zugriff);
- vor diesem Hintergrund die reflexive, **gesellschaftskritische Rolle** der Politischen Wissenschaft zu kurz kommt;
- (und dass die potenzielle **Rolle von KI** in der Lehre didaktisch und prüfungsbezogen nicht systematisch genug thematisiert wird).

Es wird zunächst davon abgesehen, konkrete Vorschläge zu verfassen. Diese können erst aus einem **allgemeinen Diskurs über die Ziele unserer Wissenschaft** heraus formuliert werden. Dieser Diskurs soll Studierende und Lehrende, Empirist:innen und Theoretiker:innen (und Mixed-Methods-Anhänger:innen) gleichermaßen miteinbeziehen. Ganz generell zielt diese Kritik darauf ab, Studierende in die Lage zu versetzen, auf Augenhöhe mit Professor:innen über die Ziele der Lehre zu reden.

Bisher ist dies den Studierenden nicht verlässlich ermöglicht worden, da sie in der wissenschaftstheoretischen Selbstreflexion des Faches weitgehend auf jene epistemischen Zugänge angewiesen waren, die durch strukturelle Anreizsysteme in der Lehre und Forschung bevorteilt sind. Diese Kritik soll dieser gewachsenen Asymmetrie zumindest auf der Ebene der Lehre und in Bezug auf die Studierenden entgegenwirken.

Die neue Generation an Studierenden muss angesichts radikal veränderten politischen und gesellschaftlichen Bedingungen in die Lage versetzt werden, diese systematisch und kritisch einordnen zu lernen. Die Lehre darf weder den Logiken ökonomischer Anreizstrukturen im wissenschaftlichen Feld, noch reinen Nützlichkeitserwägungen eines späteren Arbeitsmarktes untergeordnet werden.

Besonders aber stehen Überlegungen zur späteren Gebrauchbarkeit politisch-wissenschaftlicher Kompetenzen weder inhaltlich noch kapazitativ im Widerspruch zur Forderung nach der Vermittlung kritisch-theoretischer Fähigkeiten. Dieser Eindruck kann manchmal entstehen, was seinen Grund darin hat, dass dieser Diskurs unter den Bedingungen der bereits bestehenden methodologischen Schieflage geführt wird.

Mit dieser Kritik soll jener allgemeine Diskurs angestoßen werden, der Studierenden wie Lehrenden eine explizite Verständigung über Ziele, Maßstäbe und Grenzen der Lehre ermöglicht.

Wenn Methodenpluralität und wissenschaftstheoretische Orientierung nicht transparent werden, wird Studierenden strukturell erschwert, sich selbstbestimmt zu positionieren und zu studieren.

PART B: Thesen

Im Folgenden werden einige Thesen ausgearbeitet, die die oben genannten Behauptungen stützen und erweitern sollen. Dieser Part wird den (wissenschafts-)theoretischen Hintergrund präsentieren, vor dem die konkrete Situation an der Universität Bremen eingeordnet werden soll.

Aus zeittechnischen Gründen wird für den **Tag der Lehre** nur die erste These (T1) schriftlich präsentiert.

(T1) Pluralitätsthese (Normatives Kriterium)

Die Politische Wissenschaft hat aufgrund ihres Gegenstands stets einen politischen Charakter. Eine Politikwissenschaft, die sich vordergründig als unpolitisch gibt, läuft daher Gefahr, im doppelten Sinne politisch zu sein. Erstens bleibt sie es kraft ihres Gegenstands – ob sie ihre normativen Vorannahmen aktiv reflektiert oder nicht. Zweitens kann gerade die fehlende Reflexion dazu führen, dass ihre impliziten politischen Setzungen oder ihre expliziten Forderungen nach Wertneutralität politisch wirksam werden.

Sie läuft Gefahr, zu einer technokratischen Verwaltungswissenschaft zu werden, »die stets den Ideologieverdacht nur gegenüber den Anderen formuliert – und genau dadurch selbst zutiefst ideologisch, wertgebunden und politisch ist, es aber unter dem (ideologischen) Postulat der Ideologiefreiheit stets leugnet.«⁴

Es ist gut möglich, dass solche Strukturen durch Anreizsysteme in Forschung und Lehre begünstigt werden und keiner individuellen Intention entspringen.

Innerhalb der Bundesrepublik kann man in der Geschichte der Politischen Wissenschaft – so wie sie früher tatsächlich öfters hieß – heuristisch zwischen drei verschiedenen Zugängen unterscheiden, die sich unterschiedlich zum Politischen positionieren:

- 1.) **der normative Zugang** fragt nach dem »wie soll es sein?« des Politischen (Legitimität, Werte, politische Moral);
- 2.) **der empirische Zugang** fragt nach dem »wie ist?« des Politischen (Beschreibung, Erklärung, Messung; deskriptive Fragen);

⁴ Salzborn (2018): 45.

3.) der kritische Zugang fragt nach dem »wem nützt es?« des Politischen (Macht-, Interessens- und Herrschaftsanalyse; ideologiekritisch).

Die drei verschiedenen Zugänge decken sich mit den oben genannten Fragestellungen. Wir sehen hier, welche Unterschiede zwischen ihnen bestehen. Sie alle befragen das Politische Unterschiedliche aus unterschiedlicher Perspektive.

Diese Dreiteilung kann man weiterhin in die sozialwissenschaftliche Grunddebatte einordnen, die besonders in den 1960/70ern als der Positivismusstreit geführt wird.⁵

Das Wissenschaftsprogramm des empirischen Zugangs befindet sich im Spektrum positivistischer bis kritisch-rationalistischer Programme. Wissenschaftsfähig sei demnach nur, was als Korrelat einen klaren Bezug zur empirisch feststellbaren Realität aufweist und mit hinreichender Regelmäßigkeit vorkommt. Es muss somit in Gesetzmäßigkeiten, wahrscheinlichen Trends – also Generalisierbarkeit in unterschiedlicher Stärke auftreten.

Zwar gilt ein reiner Positivismus heutzutage größtenteils als veraltete Doktrin, seine zugrundeliegenden Geisteshaltungen sind in den Sozialwissenschaften jedoch weiterhin präsent⁶ und schlagen sich in der Politikwissenschaft beispielsweise in neo-positivistischen Ansätzen nieder, wie sie in der Vergleichenden Politikwissenschaft und Politikfeldanalyse häufig ausgeprägt sind. Am stringesten positivistisch orientiert ist die quantitativ-statistisch verfahrende Politikwissenschaft. Am erfolgreichsten war und ist diese im Bereich der Wahl- und Partienforschung.⁷

Der kritische Zugang bildet die andere Seite, die den Antagonismus im Positivismusstreit konstituiert. Sie fällt – sofern sie nicht direkt empirisch angewandt auftritt – besonders in der Lehre in ihren Grundlagen unter das Modul »Politische Theorie«.

Der Unterschied zwischen empirischen Ansätzen und Politischer Theorie besteht nicht primär darin, dass die einen »die Realität« betreffen, während die andere in höheren Sphären theoretischer Betrachtung ziellos herumgeistert, sondern darin, dass in der Politischen Theorie die begrifflichen und normativen Vorannahmen sichtbar gemacht werden, die auch empirische Forschung stets leiten.

Erst so wird die systematische Reflexion der eigenen Positionierung, als auch eine reflektierte, selbstbestimmte politische Urteilsbildung ermöglicht.

Das Programm des empirischen Zugangs hat dennoch einen kritischen Anspruch, indem beispielsweise normative Behauptungen auf ihren Realitätsgehalt überprüft und gegebenenfalls als Ideologie und Schein entlarvt werden können.⁸ Hierin liegt die Notwendigkeit, wahre Methodenpluralität zu gewährleisten.

Verkürzt lässt sich somit sagen: Der kritische Zugang ist ohne die empirische Prüfung blind; der empirische ohne die kritische Selbstreflexion ideologisch.

⁵ Bellers (1990).

⁶ Artikel „Positivismus“. In Philosophie Magazin. <https://www.philomag.de/lexikon/positivismus/> (letzter Zugriff 18.11.2025).

⁷ Bellers (1990).

⁸ Bellers (1990).

Wenn Wissenschaft – wie einst in einer Vorlesung zitiert – als diejenige Tätigkeit anzusehen ist, die ernsthaft und planmäßig versucht, Wahrheit zu ermitteln⁹, dann muss sie sich ihrer eigenen Positioniertheit bewusst sein – zumal diese gerade in den Sozialwissenschaften untrennbar mit ihrem Wahrheitsverständnis verbunden ist.

(T2) Diagnose Bremen (Struktur)

...

(T3) Transparenzthese (Didaktisches Defizit)

...

(T4) Kompetenzfolgen (Lernzielverletzung)

...

(T5) Ungleichheitseffekt (Entfremdung)

...

(T6) KI-These (aktualisierter Prüfungs- und Lehrkonflikt)

...

Solidarischen Gruß

Jamil Moll

Netzwerk (re)PoWi.

Verbunden für eine (re)politisierte **Politische Wissenschaft**.

⁹ BVerfGE 35, S. 79 ff.

Literatur zur Einarbeitung in diese Thematik (in den Fußnoten erwähnt und weitere):

Zum Begriff der Politikwissenschaft: (Bundeszentrale für politische Bildung) Artikel „Politikwissenschaft“. In: Schubert/Klein (Hg.): Das Politiklexikon. 7., aktualisierte Auflage. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/18024/politikwissenschaft/> (letzter Zugriff 18.11.2025)

Zur Geschichte der Politikwissenschaft: (APuZ) Bellers, Jürgens (1990): Politikwissenschaft in Deutschland Ihre Geschichte, Bedeutung und Wirkung.

<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/archiv/535480/politikwissenschaft-in-deutschland-ihre-geschichte-bedeutung-und-wirkung/> (letzter Zugriff 27.11.2025).

Zur politikwissenschaftlichen Grundsatzdebatte: Salzborn, Samuel (2018): Unpolitische Politikwissenschaft. In: Schauer/Lepper (Hg.), Distanzierung und Engagement: Wie politisch sind die Geisteswissenschaften? Stuttgart/Weimar: Works&Nights, 43-53.
https://www.dvpw.de/fileadmin/docs/Debatte/2018_Salzborn.pdf (letzter Zugriff 18.11.2025).

Zum Positivismus: Artikel „Positivismus“. In Philosophie Magazin.

<https://www.philomag.de/lexikon/positivismus/> (letzter Zugriff 18.11.2025).

Debatten zum Fach der Politikwissenschaft: Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW). <https://www.dvpw.de/wir/debatten-zum-fach> (letzter Zugriff 18.11.2025).